

Kritik an Gericht

FLUGHAFENAUSBAU ZRM sieht Grundsätze verletzt

MAINZ (ww). Hart ins Gericht geht die Zukunftsinitiative Rhein-Main (ZRM) nach der Verhandlung über den Flughafenausbau mit dem Kasseler Verwaltungsgerichtshof. „Ganz offensichtlich hatte sich dieses Gericht schon vorher weitgehend festgelegt“, sagen die ZRM-Sprecher, zu denen neben dem Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD), Landrat Enno Siehr (SPD) aus dem Kreis Groß-Gerau und die Hochheimer Bürgermeisterin Angelika Munck (FWG) gehören.

„An allen 13 Verhandlungstagen hat sich das Gericht ausgesprochen passiv verhalten“, so die Sprecher der Kommunen und Verbände im Flughafenumland. Es habe während der Verhandlung kaum eine Frage des Gerichts an die Beteiligten gegeben – trotz hochkomplexer und sachlich kontroverser

Sachverhalte. Alle Anträge der klagenden Kommunen und Verbände seien pauschal abgelehnt worden. „Dies steht in deutlichem Gegensatz zu den Forderungen der Verwaltungsgerichtsordnung“, sagten die ZRM-Sprecher. Demnach müsse ein Vorsitzender Richter die Streitsache mit den Beteiligten „tatsächlich und rechtlich“ erörtern. Das sei nicht einmal im Ansatz geschehen.

Besonders beim Thema Fluglärm habe die Fraport „unprofessionell und fachlich unzureichend“ argumentiert, so Beutel, Munck und Siehr. Es sei ein Skandal, dass „noch immer nicht klar ist, wie viele Menschen tatsächlich vom Fluglärm betroffen sein werden“. Zudem habe Fraport zugeben müssen, dass bei vorgelegten Fluglärmrechnungen zentrale Punkte nicht berücksichtigt worden seien.